

Westerwälder Zeitung

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Erscheint an jedem Werktage.

Bezugspreis: Vierteljährlich M. 3.90
ohne Bringerlohn; durch die Post:
vierteljährlich M. 4.90, monatlich
M. 1.30, ohne Bestellgeld.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. 19524

Amtliches Kreisblatt für den Oberwesterwaldkreis

Marienberg Anzeiger

Druck und Verlag der Buchdruckerei Carl Ebner in Marienberg u. Hachenburg. — Gegr. 1848
Fernsprech-Anschlüsse: Hachenburg Nr. 155, Marienberg Nr. 157.

Im Winterhalbj. wöchentl. Preisbe-
lage: Landwirtschaftl. Mitteilungen.

Anzeigen: Die 43 mm breite Milli-
meterzeile 10 Pfg., die 8 gespaltene
Millimeter-Reklamezeile 80 Pfg. Bei
Wiederholungen Rabattgewährung.

Nr. 48.

Donnerstag, den 26. Februar 1920.

72. Jahrgang.

Kreistag d. Oberwesterwaldkreises.

Am Samstag fand in Marienberg eine Sitzung des Kreistages des Oberwesterwaldkreises statt. Einziger Punkt der Tagesordnung war die Beschlusssatzung über den Ort des neu zu errichtenden Finanzamtes für den Kreis.

Herr Landrat Ulrich begrüßte die Versammlung und begründete die auf Grund der Kreisordnung für Hessen-Nassau von 1885 durch ihn vorgenommene Zusammenberufung d. Kreistages mit abgeklärter Ladefrist mit d. von der Regierung gewünschten umgehenden gütlichen Klärung, wo das Finanzamt zu errichten sei. Nach Ernennung des Herrn Kromm als Protokollführer, der Herrn Müller-Liebenschied, Capitain und Schum als Protokoll-Vollzieher und der Herren Kaus, Leichter und Wöhr als Kommission zur Prüfung der Sache, ob die Einladungen richtig ergangen sind, wurde das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und die Dringlichkeit der vorliegenden Sache bestätigt. Darauf wurde in die Verhandlung eingetreten.

Herr Buchner-Burbach ruft die Besimmung zu positiver Arbeit auf und bittet, parteipolitische Debatten zu unterlassen. Alles Trennende möge zurückbleiben. Er wünscht, kleine Anfragen stellen zu dürfen, die vorher dem Landrat bekannt gegeben werden könnten. Herr Landrat Ulrich ist mit dem Vorschlag durchaus einverstanden. Die betreffenden Anfragen müßten allerdings einige Tage vorher schriftlich formuliert werden, damit es nicht häufig nötig sein, Verordnungen, Akten und dergl. einzuschicken. Er sei auch bereit, sog. Unterhaltungsanträge anzusehen, um sich über alle Wünsche aus dem Kreise zu unterrichten. Herr Meßger-Lochum gl. u. t., daß die Zeit nach den gewöhnlichen Kreistags-Sitzungen zu solchen Anfragen zu kurz bemessen sei. Vielleicht empfehle es sich Sitzungen zu diesem Zweck schon vormittags einzuräumen. Andernfalls müßten mehr Sitzungen eingegeben werden. Herr Landrat Ulrich wird die nächste Kreistags-Sitzung vor unsichtlich im April stattfinden lassen. Da es sich dann hauptsächlich um den Etat handeln wird, der aber diesmal durch die schwebende Steuererhebung gar nicht endgültig geregelt werden kann, die Mitglieder, besonders die neuen, aber den berechtigten Wunsch haben, sich in diese wichtige Frage genügend einzuarbeiten, beabsichtigt er, im März eine vertrauliche Vorbereitung anzusetzen, wodurch sich dann die eigentliche Sitzung des Kreistages beschleunigen würde. Herr Kromm-Marienberg begl. u. t. den Vorschlag. Gerade seine Fraktion wünsche positiv und tiefgründige Arbeit. Herr Landrat Ulrich weist nochmals darauf hin, daß Kreispolitik, nicht Parteipolitik getrieben werden müsse und erinnert an ein Wort des sozialdemokratischen Landrats Thöne in Wippenhausen, daß wir jetzt, da wir den Krieg verloren haben, alle wie eine Familie, der das Haus über dem Kopfe abgebrannt sei, zusammenhalten müßten.

Zur Tagesordnung übergehend, wünscht Herr Kuster-Alpenrod alsbaldige Verteilung der Wahlzettel. Es sei doch jeder schon mit einem festen Entschluß resp. Auftrag nach hier gekommen. Herr Kromm-Marienberg wünscht im Gegenteil eine recht tiefgründige Besprechung. Herr Schum-Marienberg erinnert an den im Jahre 1903 mit 14 gegen 4 Stimmen abgelehnten Antrag Steinhaus, das Landratsamt nach Hachenburg zu verlegen. Er meint, daß Hachenburg auch jetzt wie er seine alten Wünsche zu verwirklichen suche. Es werde sich nicht mit dem Finanzamt begnügen. Hachenburg habe dazwischen Geld — eine Million — und Geld bleibe immer noch die erste Macht. Marienberg dagegen müsse Schulden machen und große Opfer bringen, doch handele es sich für die Gemeinde um eine Lebensfrage. Auch sei es nicht an einem Ort faßbar. So werde bei Besuchen viel Arbeit und Zeit gespart. Herr Capitain-Wilhelm-Walden: In dem Zettel um Stein-Neukirch abgelehnt, wurde den Leuten von R. Bach-Müller Bach oder der Gegend von Kropbach nicht zumeist Wachen zugewiesen, wenn sie ihre Geschäfte in Hachenburg erledigen könnten. Für katholische Leute sei Hachenburg ein Wohnort viel zweckmäßiger, da sich in Marienberg eine Gelegenheit zur Vereidigung religiöser Leute, namentlich der katholischen, der Sakramentalen, in Hachenburg sei eine Akademie, die zu einer höheren Schule ausgebaut werden solle. Als das erwähnte Wachenberg. Herr Müller-Korb hat das Besprechen ge-

geben für Marienberg zu stimmen und werde es als Sozialist und Christ auch halten, um den Schwächeren zu schützen. Hachenburg könne auch so bestehen. Herr Müller-Liebenschied vermahnt sich gegen eine etwaige Mißachtung des erwähnten Zipsels. Wenn das Schwergewicht des Kreises nach Hachenburg verlegt werde, müsse sich der Zipsel naturgemäß dem Illkreise zuwenden. Herr Kromm-Marienberg gl. u. t., daß den religiösen Bedürfnissen katholischer Familien durch Erteilung kathol. Religionsunterrichts in Marienberg genügend Rechnung getragen werde. Marienberg sei eine ortsansässige, auch hier werde man dazu kommen, eine höhere Schule einzurichten. Das industrielle Schwergewicht des Kreises liege in seinem östlichen Teile. Die Lage des Hachenburger Bergbaues hier sei von ungehinderter Entwicklungsfähigkeit. Herr Kuster-Alpenrod vermahnt sich gegen das Hinüberspielen parteipolitischer Erörterungen in rein wirtschaftliche Fragen. Herr Meßger-Lochum hält es für nebensächlich, wo die Steuergrößen herausgeholt werden, umso mehr als den Gemeinden durch die Verwaltungsreform das Steuerrecht aus der Hand geschlagen werde. Aber auch er glaubt die Errichtung des Finanzamtes in Hachenburg als ersten Schritt zur Ueberwindung des Landratsamtes doch hin ansehen zu müssen. Das Finanzamt gehöre an den Sitz der Kreisverwaltung. Eine Trennung sei auf die Dauer praktisch gar nicht durchführbar. Hachenburg gehe auch ohne das Finanzamt nicht unter, aber Marienbergs Schicksal sei ohne das Landratsamt befehlert. Die Landwirte im westlichen Teil des Kreises könnten sich bei Besuchen im Finanzamt ihre Zeit leichter einteilen als die Industrielle im östlichen Teil. Herr Landrat Ulrich lehnt jede Stellungnahme für den einen oder anderen Ort ab. Wer behaupte, er begünstige Hachenburg, weil ihm in Marienberg ein Widerfahren sei, befinde sich auf dem Himmelswege. Seine völlige Unparteilichkeit habe er bewiesen, indem er Herrn Schum als Vertreter nach Kassel geschickt habe, nicht Herrn Steinhaus. Er habe alles Menschliche zurückgelassen und, ebenso wie die Kreisbeamten, manchen Stachel herausgezogen. Herr Buchner-Burbach hat auch die Bergwerke im westlichen Teile für entzweigfähig gehalten. Er vertritt die Ansicht der Arbeiter der Industrie einen großen Aufschwung. Herr Kromm-Marienberg betont, daß es auch im westlichen Kreisteil nicht viel reiche Landwirte gäbe, viele seien daneben noch Fabrikarbeiter. Gleiches Recht für alle!

Herr Steinhaus-Hachenburg: Der westliche Teil habe jahrzehntelang Opfer an Zeit und Geld gebracht. Jahrzehntlang sei ihm unrecht geschehen. Von Gottes und Rechts wegen gehöre daher wenigstens das Finanzamt in eine Gegend, die vom ganzen Kreise leichter zu erreichen sei als Marienberg. Der frühere Beschluß des Kreistages zugunsten Marienbergs sei nur aus persönlicher Rücksichtnahme für den alten Bürgermeister Kehler erfolgt. Heute standen wir vor neuen Tatsachen. Herr Schum habe nach Pflicht und Schuldigkeit für Marienberg gesprochen, das entbinde uns aber nicht von der Pflicht, einen abweichenden Standpunkt einzunehmen. Nicht bloß der östliche Zipsel habe daselbst Berechtigung, ebenso auch der Zipsel um Kropbach und der um Korbach. Der alte Fehler dürfe nicht vergrößert werden. Der Arbeiterstand sei beinahe der einzige, der keine persönlichen Besuche beim Finanzamt brauche. Ihm liege ja der Arbeitgeber — bei Einführung des Kartensystems — die als Steuerzettel geltenden 10 Prozent gleich bei der Lohnzahlung ab. Redner findet in den Darstellungen von Marienberger Seite eine Reihe von unzulässigen Widersprüchen. Einmal soll der östliche Kreisteil entwicklungs-fähig, dann wieder bedürftig sein. In Marienberg fehlt eine Reihe von Wachen, so daß sich ihnen ausgebaut werden müssen. Dann wieder wolle man 10—12 Leutenfamilien neu unterbringen. Es sei behauptet worden, die Beamten hätten sich bisher in Marienberg wohlfühlt. Wie stimme es damit überein, wenn ein Arbeiter „unabhängiges“ Organ einen Angriff gegen den Landrat bringen konnte, er habe das eigene Kreuz erhalten, obwohl er eine 20 Zimmer-Wohnung inne habe? Die Erteilung katholischen Religionsunterrichts in Marienberg genüge katholischen Beamtenfamilien nicht; es fehle noch die Gelegenheit zur Kommunikation usw. Die höhere Schule in Hachenburg sei nicht nur von Stadtkindern besucht worden. Auch aus Marienberg seien Schüler gekommen, bis die schlechten Bahnverbindungen den Besuch unmöglich gemacht haben. Sollte man neue Beamte in diese Lage versetzen? Der Verkehr aus dem östlichen Kreisteil nach Hachenburg sei nicht gering. Die Hauptkundschaft der

Hachenburger Geschäftsleute bilde das Publikum von dort her. Da könne es niemand unangelegen sein, dort das Finanzamt aufsuchen zu müssen. Auch die neue Spinnerei in Altstadt werde Gelegenheit geben, Hachenburg zu besuchen. Das Landratsamt und Finanzamt an einen Ort gehören, sei nicht notwendig, da der Kreis doch die Steuerveranlagung verloren habe. Das Finanzamt habe ein Interesse daran, dort zu sitzen, wo es zur korrekten Erledigung der Dienstgeschäfte am passendsten sei. Die Veranlagung müsse samt und sonders zugehen, daß das Hachenburg sei.

Herr Kromm-Marienberg fürchtet, daß das Finanzamt doch das Landratsamt nach sich nach Hachenburg ziehen werde. Auch der Landesfinanzamtspräsident habe ihm gesagt, die Gefahr sei akut. Herr Steinhaus-Hachenburg hält das nicht für möglich. Es sei in der Beziehung nicht das geringste unternommen worden. Auch Herr Bürgermeister Kappell-Hachenburg, der im In-hörerraum anwesend ist, versichert auf Befragen, darüber sei bei der Anwesenheit des Präsidenten in Hachenburg durchaus nichts geredet worden. Es lägen seines Wissens keine Anträge vor. Herr Kromm-Marienberg wiederholt die Versicherung, daß der Präsident ihn gesagt habe, die Gefahr sei nahe. Was die Wohnungsverhältnisse in Marienberg betreffe, so seien nur noch drei oder vier Familien ohne Wohnung. Und wenn von den politischen Demonstrationen in Marienberg gesprochen worden sei, so erinnere er daran, daß auch der untere Kreisteil daran beteiligt gewesen sei. Herr Landrat Ulrich versichert seinerseits, daß von einer Verlegung des Landratsamtes noch keine Rede gewesen sei. Es könne sich also bei den von Herrn Kromm erwähnten Äußerungen des Präsidenten nur um eine Verwechslung mit dem vor 20 Jahren erfolgten Antrag Hachenburgs handeln. Herr Meßger-Lochum vermutet, daß von der Verlegung nur aus tatsächlichen und faktischen Gründen nicht gesprochen werde. Beide Verwaltungskörperschaften gehörten zusammen. Die entsprechenden Anträge würden später schon kommen. Wenn Herr Steinhaus einen Widerspruch darin gefunden habe, daß die Industrie im östlichen Kreisteil entwicklungs-fähig sei, Marienberg aber doch als bestmöglich hin gestellt worden sei, so müsse er sagen, der Industrielle sei trotz aller Entwicklungsmöglichkeiten der Ausgezeichnete. Daran habe die jetzige Regierung nichts geändert, und er wünsche sie samt Erzberger dahin, wo der Pfeffer wächst. Es könne aber nur noch einige Jahre mehr, dann ver-schwänden die Finanzämter ganz. Herr Landrat Ulrich hält die Entfernungen zum Finanzamt u. e. h. u. p. nicht für ausschlaggebend. In anderen Provinzen seien mehrere Kreise zu einem Finanzamt zusammengefloßen. Die Wege seien dort also noch weiter. Herr Steinhaus-Hachenburg kennt das Veranlagungsverfahren seit langen Jahren. Es sei schon bei den vor dem Kriege herrschenden einfachen Steuerverhältnissen in der Bevölkerung Mode gewesen, die Verlegung häufig auszusuchen. Das werde bei den künftigen verwickelteren Verhältnissen noch viel mehr hervortreten. Bei der Notwendigkeit zu mehr Reisen und zu großen Opfern an Zeit und Geld müsse also auf den bisher vormaligsten unteren Kreisteil genügend Rücksicht genommen werden. Er bedauert, daß bei den schon wiederholt erwähnten politischen Demonstrationen so wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer genommen worden sei, daß man die Kirche als Versammlungsraum gewählt hat. Endlich verleiht Redner die heutige Regierung als so arbeitsverfreudlich wie nur möglich. Herr Kuster-Alpenrod liest ein dem Finanzamt wirklich nur wenige Jahre bestanden, es für diese Zeit doch Hachenburg zukommen zu lassen. Herr Steinhaus-Hachenburg beantragt, daß der Besatz über die Zulassung dieser Anträge nicht zwischen ihm und Herrn Meßger-Lochum eine lebhaft Auseinandersetzung. Herr Buchner-Burbach r. t. nicht einmal für den unteren Kreisteil ein, der nicht auf Rosen gebettet sei. Herr Müller-Liebenschied hingegen vertritt nochmals die Interessen eines Zipsels, der doch auch ein Glied am Kreisleibe sei. Auch Herr Müller-Korb gedenkt der Leistungen des Zipsels bei der Viehablieferung und Milchabgabe. Herr Schum-Marienberg bestreitet, daß der frühere Beschluß aus Rücksicht auf Bürgermeister Kehler gefaßt worden sei. Wenn auch Marienberg nicht im Mittelpunkt des Kreises liege — eine Tatsache, die der Oberwesterwald mit anderen Kreisen hinsichtlich ihrer Zentralverhältnisse teile — so sei es doch zur Aufnahme des Finanzamtes am ehesten berufen. Eine Verbesserung der Schulverhältnisse sei nur eine Frage der Zeit. Herr Steinhaus-Hachenburg hält

eine Verlegung des Finanzamtes in den unteren Kreisteil doch für notwendig. Es brauche nicht gerade Hachenburg zu sein. Seine wegen könne man auch Altstadt oder Rister nehmen. Herr Lupp-Annau würde für Hachenburg stimmen, wenn Finanzamt und Landratsamt getrennt bleiben sollen, für Marienberg wenn das eine das andere nach sich ziehen solle. Herr Dünsmann-Mittelhatter will Marienberg das Landratsamt erhalten, verlangt das Finanzamt aber für Hachenburg. Herr Landrat Ulrich versichert, d. h. das Landratsamt so lange in Marienberg bleiben werde, als es sich dort halten könne. Das sage er, obwohl er von der Gegenseite nicht immer Gegenliebe gefunden habe.

Bei der nun durch Zettel erfolgenden Wahl zählt Marienberg schon sieben Stimmen, als für Hachenburg erst eine abgegeben worden ist. Hachenburg holt aber bald Marienbergs anfänglichen Vorsprung ein und siegt schließlich über dieses mit 11:9 Stimmen. Einen großen Anteil an diesem Ergebnis hat offenbar die durch Herrn Bürgermeister a. D. Steinhaus äußerst geschickt und wirkungsvoll geführte Vertretung der Wünsche Hachenburgs und des unteren Kreisteils. — Eine nichtöffentliche Besprechung beschloß die ausgedehnte und lebhafteste Sitzung.

Gr

Weltbühne.

Unbegründete Erregung über die Verwaltungsreform.

Berlin, 24. Febr. (Wolff.) Amtlich wird mitgeteilt, Wiederholt sind in den letzten Zeit in den Zeitungen und Zeitschriften Abhandlungen, Besprechungen, Kritiken und dergleichen erschienen, die sich auf d. Entwürfe zu dem neuen preuß. Gemeindeverfassungsgesetz und den Städte-, Landgemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen beziehen. In fast allen diesen Veröffentlichungen scheint ein Irrtum unterlaufen zu sein. Sie betreffen nämlich nicht die von der Staatsregierung aufgestellten Entwürfe, sondern lediglich die von dem Kommissar zur Vorbereitung der Verwaltungsreform selbstständig ausgearbeiteten Vorentwürfe. Diese bilden für die Staatsregierung außerordentlich wertvolle Vorarbeiten, sie stellen aber nicht Entwürfe der Staatsregierung dar. Die Staatsregierung wird vielmehr erst nach Feststellung des Entwurfs zur preuß. Verfassung Stellung zu den bezeichneten Vorarbeiten des Kommissars zur Vorbereitung der Verwaltungsreform nehmen. Die Veröffentlichungen, die an die Entwürfe des gedachten Kommissars Kritiken der Staatsregierung knüpfen, entbehren hiernach der Unterlage.

Städteordnung und Selbstverwaltung.

Berlin, 23. Febr. Nach den Abendlättern wird die im Ministerium des Innern fertiggestellte preußische Städteordnung dem Staatsministerium und der preussischen Landesversammlung vorgelegt. Die Selbstverwaltung der Städte wird darin erheblich ausgedehnt, und das Aufsichtsrecht der Regierung auf wenige sehr unrichtige Zuständigkeitsgebiete beschränkt. Alle Gemeinden mit über 15.000 Seelen können Stadtrechte erwerben. Die Stadtverordnetenversammlungen bestehen aus acht bis einhundert, auf vier Jahre gewählten Bürgervertretern. Die Mitglieder des Magistrats werden auf 12 Jahre gewählt. In Kleinstädten kann von der Einrichtung eines Magistrats abgesehen werden. Größere Städte sind in Verwaltungsbezirke einzuteilen. In allen Städten haben noch in diesem Jahre neue Stadtverordnetenwahlen stattzufinden. Die Wahlzeit aller Bürgermeister und Beigeordneten erlischt drei Monate nach Inkrafttreten der neuen Städteordnung.

Heimatsdienst.

Hachenburg, den 26. Febr. 1920.

— Die Auszahlung der Militärversorgungsgeldbeträge für den Monat März bei dem Postamt in Hachenburg erfolgt am 28. Februar. Außer der Monatsquittung ist diesmal eine behördlich beglaubigte Bescheinigung beizufügen. Formulare dazu sind am Ausgabealter oder bei den Briefträgern zu haben. Ohne diese Bescheinigung kann die Rente nicht gezahlt werden.

— Der Elternbeirat. Der von den verschiedenen Bekenntnissen aufzustellenden gemeinsamen Liste für die Wahl zum Elternbeirat werden angehören von kath. Seite die Herren Ad. Ecker, W. Bechtel, Frau R. Pabst und Frau Löhr, als Ersatzleute die Herren Jul. Rind u. Heiner Rind, von jüdischer Seite Herr Seewald, als Vertreter Herr Rosenthal.

— Privat- u. kaufm. Angestellte waren zum Dienstagabend zu einer Versammlung im Lokale des Herrn F. Latzki geladen. Redner war ein Herr Hempel aus Frankfurt. Er ging von der durch die Novemberereignisse auch in Angestelltenkreisen entspannten Bewegung aus, die dem Zentralverband der Angestellten einen riesenhaften Aufschwung gebracht habe. Man sei an die Arbeitgeber überraschend mit Forderungen herantretend, die große Erfolge, verglichen mit denen vor dem Kriege, gehabt hätten. Der Verband habe 1883 erst 300.000 Mitglieder gezählt, umfasse heute aber bereits zwei Millionen. Gegenüber dem sich immer mehr vertiefenden Kapital sei auch ein restloser Zusammenschluß der Angestellten notwendig, um ihre Forderungen in Form von Tarifverträgen durchzudrücken. Seine Organisation stehe auf dem Standpunkt der freien Gewerkschaften und gehöre zur Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter. Verbände, Redner ging dann auf d. in Hachenburg herrschenden Gehaltsverhältnisse der Angestellten ein und glaubte ihre Besserung in Aussicht stellen zu können, wenn es gelänge, eine Ortsgruppe zu bilden. Die Verbandsleitung werde dann die nötigen Schritte unternehmen und versuchen, ein Kollektivabkommen ähnlich dem in Dillenburg zu schließen. Jedenfalls gelte es, einseitig die Interessen der Angestellten zu vertreten. Die Arbeitgeber

seien stark genug, für sich selbst zu sorgen. Die Arbeitskraft als höchstes Gut müsse so teuer wie möglich verkauft werden. Die Versammlung beschloß die Gründung einer Ortsgruppe, zu der sich denn auch sogleich 24 Mitglieder meldeten.

Altenkirchen, 23. Febr. Die Lehnbewegung der Siegerländer Bergarbeiter fand am 20. Februar vor dem Schlichtungsausschuß zu Siegen ihre Erledigung. Nach dreieinhalbstündiger Verhandlung kam ein Vergleich dahin zu Stande, daß auf dem heute bestehenden Durchschnittslohn für Hauer, der über 23 Mark beträgt, für Januar und Februar eine feste Zulage von 7.50 Mark für jede verarbeitete Schicht gezahlt wird und für März 8 Mark. Für die Schichtlöhner wird dementsprechend ein prozentualer Aufschlag gezahlt, der am nächsten Mittwoch in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft genau festgelegt wird.

Montabaur, 23. Febr. Durch Verfügung des Ministers des Innern ist der bisher im Staatsministerium beschäftigte gewesene Regierungs-Assessor Bachem aus Köln a. Rh. zum Landratsamt nach St. Goarshausen entsandt worden.

Eingefandt.

Für den Inhalt dieser Spalte übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Zu dem in Nr. 45 ds. Bl. mitgeteilten Bericht aus Fehlbighausen über den Streik in den Braunkohlengruben sei noch Folgendes berichtend nachzutragen: Von dem Arbeitgeberverband waren nicht 27 Mark, sondern 26 Mark Durchschnittslohn und 22 Mark Mindestlohn bewilligt. Dazu wurde 7 1/2 Std. Arbeitszeit gefordert. Freies Geleuchte wurde abgelehnt. Deputatkohle an Bergleute sollte nur noch in Höhe von 100, nicht wie bisher von 150 Zentnern und zwar zu einem Preise von 2.50 Mark statt 1.25 Mark geliefert werden: Das wurde von den Arbeitnehmerverbänden abgelehnt. Ein Gegenantrag von Seiten d. Arbeitnehmer, den Durchschnittslohn auf 28 Mark, den Mindestlohn auf 26 Mark festzusetzen, wurde vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Daraufhin verpflichteten sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Er wurde ausgeführt durch Vertretung des Reichskommissars. Der Schiedsspruch lautete folgendermaßen: 27 Mark Durchschnittslohn, 22 Mark Mindestlohn bei 7 Std. Arbeitszeit. Geleuchte müssen Arbeiter selbst bezahlen. Kohlen werden wie bisher 150 Zentner zum Zentnerpreise von 1.25 Mark verabreicht. Die Anträge, Bergarbeiterwitwen, die ihren Mann auf der Grube durch Unglücksfall oder im Kriege verloren haben, die Deputatkohle gleichfalls zu liefern, wurden abgelehnt. Die im Streik befindlichen Gruben sind folgende: Alexandria, Wilhelmsche, Nassau Viktoria, Segen Gottes, Gnade Gottes, Konkordia, Neue Hoffnung, Oranien, Heimbild 2, Schacht Tirol, Weiler 1, Wohlfahrt, Phönix. Wir appellieren hiermit an die gesamte Bevölkerung des Oberwestfalenkreises, ob die gestellte Forderung von 30 Mark bei den heutigen hohen Preisen der Lebensmittel und sonstigen Produkte zu hoch gestellt sei, auch im Hinblick darauf, daß eine große Anzahl Bergarbeiter nicht über eine Furche Land verfügt, und mit ihrem Verdienst alles bestreiten muß, ebenso wie die Bergleute im Kohlenrevier. Wird uns ein Entgegenkommen bis Mittwoch, den 25. Februar, abends gezeigt, so wird das Kraftwerk seinen Betrieb aufrechterhalten und wie bisher Licht liefern können.

Die Streikleitung

Anm. der Schriftl. Wir vermissen in vorstehender Erklärung eine Angabe darüber, wer den Schiedsspruch, zu dessen Annahme sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet hatten, trotzdem gebrochen hat.

Letzte Drahtmeldungen.

Erzbergers Ende.

Berlin, 25. Febr. Der Reichsfinanzminister Erzberger hat sich an den Reichspräsidenten mit der Bitte gewandt, ihn von seinem Amte so lange zu suspendieren, bis die Untersuchung wegen seiner Steuerdeklarationen abgeschlossen ist. Reichspräsident Ebert hat dieser Bitte stattgegeben und den Reichsfinanzminister bis auf weiteres von seinen Dienstobligationen entbunden und angeordnet, die Untersuchung mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen. Mit der Stellvertretung Erzbergers wurde der Unterstaatssekretär Möse beauftragt.

Lebensmittelunruhen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 25. Febr. Gestern nachmittag fanden große Demonstrationen der Arbeiter gegen die bestehende Lebensmittelknappheit statt. Bei weiterer schlechter Lebensmittelversorgung will die Arbeiterschaft in den Streik treten. Der Mob benutzte die Gelegenheit zu plündern und raubte zahlreiche Lebensmittel- und andere Waren aus. Franz. Gendarmen schritten ein und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Abends war die Ruhe wieder hergestellt.

Abschaffung der Einjährigenprüfung.

Berlin, 25. Febr. In der gestrigen Sitzung des Reichsschulsausschusses wurde der künftige Fortfall der Einjährigenprüfung beschloßen.

Die Alliierten und die Sowjet-Regierung.

Paris, 25. Febr. Nach dem „Intransigeant“ sind England und Italien geneigt, die Sowjetregierung anzuerkennen. Frankreich und Japan seien Gegner eines solchen Vorgehens.

Wilson bleibt fest.

Amsterdam, 25. Febr. Nach dem „Telegraaf“ ist die Antwort Wilsons auf die Note der Alliierten gestern abgefaßt. Wilson verwerfe darin das Kompro-miß vom 20. Januar und beharre auf seinem Standpunkt.

Verantwortlicher Schriftleiter:

Richard Grünrowsky, Hachenburg.

Amtliches.

K. G. 847.

Marienberg, den 19. Febr. 1920.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Die Reichsgetreidestelle in Berlin hat neuerdings bezüglich der Rückgabe der Sacke an die Mehl liefernden Mühlen sehr scharfe Bestimmungen erlassen. Die Gebühren, die für verspätete Rücklieferung zu zahlen sind, sind ganz erheblich. Ich ordne daher hierdurch wiederholt an, daß die Mehlsäcke spätestens nach Ablauf von 14 Tagen, vom Tage der Lieferung an gerechnet, an die Verteilungsstellen des Kreises zurückgegeben sein müssen. Bei verspäteter Ablieferung sind die Verteilungsstellen berechtigt, die Leihgebühren den Gemeinden abzufordern. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß die Säcke in gut geordnetem Zustande zurückgegeben werden müssen. Für jeden zerrissenen Sack werden 70 Pfg. Mischkosten berechnet.

Es ist zu empfehlen, in jeder Gemeinde 1 oder große Mehlsäcke anfertigen zu lassen, damit das Mehl gleich in diese umgefüllt werden kann und somit die Möglichkeit gegeben ist, die Sacke pünktlich abzugeben. Ich halte es ferner für zweckmäßig, wenn jede Gemeinde sich sofort einige Säcke anschafft und die Originalsacke sofort zurückgibt. Ich ersuche die Herren Bürgermeister, das Erforderliche sofort zu veranlassen. Die Gemeinden können auf diese Weise am besten der Gefahr der Berechnung von Leihgebühren begegnen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Ulrich.

Gemäß der Vorschrift im Par. 44 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 — Gesetzesammlung Seite 152 — hat das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 15. Januar 1920 in dem Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger das Verhältnis bekannt gemacht, in dem aus den Domänen- und Forstgrundstücken nach d. Haushalts für 1919 erzielte Ueberschuß der Einnahmen die Ausgaben und Berücksichtigung d. auf diesen Grundstücken ruhenden Verbindlichkeiten u. Verwaltungskosten zum Grundsteuerreinertrage steht.

Dies Verhältnis beträgt für die Provinz Hessen-Nassau 517,9 v. H. Nach diesem Satze erfolgt nach Paragraph 33 des genannten Gesetzes für das Rechnungsjahr 1919 die Heranziehung der Domänen- und Forstgrundstücke zur Gemeindeeinkommensteuer.

Wiesbaden, den 29. Januar 1920.
Regierung, Abt. für direkte Steuern, Domänen u. Forst. Tgb. Nr. K. A. Marienberg, den 18. Febr. 1920.
Wird veröffentlicht.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses Ulrich.

Kreiswohlfahrtsamt.

J. Nr. 124.

Marienberg, den 19. Febr. 1920.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Wie unzählige Anfragen hier bekunden, bestehen Zweifel darüber, bis zu welchem Zeitpunkt nach der Rückgabe der Kriegsfamilienunterstützung die Angehörigen gezahlt werden muß. Wir machen hier nochmals auf die Bestimmung aufmerksam, daß Familienunterstützung noch auf die Dauer eines Monats nach der Monatshälfte, in welcher der Kriegsgeld laut Entlassungsausweis aus dem Heeresdienst entlassen zu zahlen ist. Es muß also beispielsweise bei am 2. Februar zur Entlassung gekommenen Kriegsfamilien die Familienunterstützung bis zum 15. März gezahlt werden. Wir ersuchen dringend, diese Bestimmung genau zu beachten, damit Beschwerden, wie sie jetzt hier einlaufen, vermieden werden. Für die richtige Ausführung dieser Bestimmung tragen die Bürgermeister persönlich die Verantwortung.

Kreiswohlfahrtsamt: Ulrich.

J. Nr. K. A. 11794.

Marienberg, den 16. Febr. 1920.

Betr.: Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung.

Zur Sicherung der Kleingärtner vor übermäßigen Pachtpreisforderungen und vor der Gefahr, schuldner willkürlichen Kündigung durch den Grundpächter ausgesetzt zu sein, sowie zur Befriedigung neuerdings besonders dringlichen Bedürfnisses nach zuteilung zur Kleingartenbenutzung ist die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919, abgedruckt in RGSBl. Nr. 150, erlassen. Die seitens der bet. Minister dazu erg. Ausführungsvorschriften v. 1. 1919 sind im Amtsblatt der Regierung Wiesbaden 47 von 1919 bekannt gegeben. Interessenten werden diese Bestimmungen mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß Einsicht davon auf den Bürgermeisteramt genommen werden kann.

Durch das Gesetz hat kein unbedingter Zwang Festsetzung von Pachtpreisen geschaffen werden sollen, so daß die untere Verwaltungsbehörde anderes, in allen Fällen, in denen Land zu Kleingartenbenutzung verpachtet wird, auch Pachtpreise festsetzen kann. Es entspricht vielmehr dem Sinne des Gesetzes, die Festsetzung von Pachtpreisen nur da stattfindet, wo ein Bedürfnis vorliegt. Ob ein solches Bedürfnis anzuerkennen ist, wird nach dem jeweiligen liegenden Verhältnis zu entscheiden sein.

Anträge auf Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingrundstücke können unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen bei mir eingereicht werden.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich mit den gesetzlichen- und Ausführungsbestimmungen gehend vertraut zu machen und nach Befragen der verständigen, als welche insbesondere die Vorstände Obst- und Gartenbauvereine in Betracht kommen, zu berichten, wenn die in Ihrer Gemeinde erzielten Pachtpreise als zu hohe anzusehen sind.

Fehlbericht ist nicht erforderlich.

Der Landrat:

Kaufhaus L. Friedemann, Hachenburg

Es sind neu eingetroffen:

Fertige Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge
schwarze Konfirmanden- u. Kommunikanten-Anzüge

Buckskins

für

Herren-Anzüge
Burschen- und Knaben-Anzüge
Konfirmanden-Anzüge

Fertige Herren-, Burschen- und Knaben-Hosen.

Manchester

Eisenfest

Zwirnstoff

Die Auswahl ist sehr groß. ➡

➡ Preise noch billig

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Nacht 12 $\frac{1}{2}$ Uhr unsere eliebte Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwiegermutter und Schwester die

Wwe. Christian Hülpisch

Luiſe geb. Groß

im 82. Lebensjahre, nach kurzem Leiden zu sich zu nehmen.

Gehlert, Mittelhattert, Marienberg, Wied, den 25. Februar 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 27. d. Mts., nachm. 1 $\frac{1}{2}$ Uhr statt.

Einladung.

Die Arbeitgeber vom Handwerk u. Gewerbe zu Hachenburg und Umgegend werden hiermit zu weiteren Beratungen zw. Gründung eines Arbeitgeberverbandes auf Freitag, den 27. Febr., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr ins Hotel Westend eingeladen.

Der Vorstand g. z. Stimmus.

Achtung!

Achtung!

Sonntag, den 29. Februar 1920 findet im Saale des Herrn Gastwirt Thiel in Mittelhattert eine

Theater-Vorstellung

statt. Veranstalter vom Klub „Einigkeit“, Roßbach.

Anfang 7 Uhr abends.

Wozu freundlichst einladet

Der Vorstand.

Ordentliches Alleinmädchen

für kleinen Haushalt gesucht.

Alteflur Dr. Erlanger
Hachenburg.

Ein braves, ehrliches

Mädchen

in ein Kaffee und zur Stütze der Hausfrau für sofort nach Hachenburg gesucht.

Näh bei der Geschäftsst. d. Blattes.

Tüchtiges

Dienstmädchen

für dauernd gesucht

Zu e fahren in der Gschäftst. ds. Bl. Hachenburg.

Ein in allen Hausarbeiten erfahrenes

Mädchen

sucht Stelle in ruhigem, kl. Haushalt. Marienbera oder nähere Umgeb. bevorz. Näh. postl. S. M. W. Langendernbach (Wester old.)

Heirat

Bermöa. Landwirt (Witwer) eigenes Haus und Feld, 40 Jahre, 2 erwachsene Kinder, sucht auf diesem Wege älteres, in der Landwirtschaft erfahre. Mädchen oder Witwe, nicht unter 30 Jahre, kennen zu lernen.

Zue rfr. in der Geschäftsstelle.

I-Eisen

5,50 Meter lang, Profil 20 und ein Paar guterhaltene

lange Stiefel

zu verkaufen

Karl Klöckner, Büdingen.

Von der Einkaufsreise zurück
empfehle mein reichhaltig
ausgestattetes Lager in

prima Zigarren

teils rein überseeische Ware.

Zigaretten

von 8 Pfg. an aus nur garantiert reinen Tabaken.

Strang- u. Rauchtabak

nur erste Fabrikate.

Ferner

Tabakspfeifen sowie Mutzen
von feinstem Bruyère-Holze
— in erstklassiger Ausführung —

Sämtliche Raucherartikel in grosser Auswahl.

Heinrich Orthey
Hachenburg.

Nach wie vor

finden Sie bei uns stets preiswerte Artikel des täglichen Bedarfs in allen

Abteilungen

Warenhaus S. ROSENAU, Hachenburg.